

HAZ 31. 10. 83

Einigungsvorschlag war Sonnabend nacht perfekt

Entlassungen bei VAW sollen zurückgezogen werden Vorstand entscheidet heute / Betriebsrat billigte Kompromiß

Im Ricklinger Zweigwerk der bundeseigenen Vereinigten Aluminium-Werke AG (VAW) kann jetzt der Betriebsfrieden wieder einkehren. Nach fast zehnstündigen Verhandlungen haben sich in der Nacht zum Sonnabend Vertreter der Arbeitgeberseite, der IG Metall und des Betriebsrates auf ein Ergebnis geeinigt, durch das sämtliche Gerichtsverfahren in Folge des wilden Streiks vom 1. September vom Tisch kommen sollen. Der Betriebsrat hat den Kompromiß bereits am Sonnabendvormittag einstimmig gebilligt. Wenn heute auch der VAW-Vorstand in Bonn zustimmen sollte, werden Einzelheiten am Mittwoch bekanntgegeben.

Wie berichtet, hatte die Unternehmensleitung Ende August dem Betriebsrat des VAW-Zweigwerkes ein umfangreiches Papier mit Vorschlägen zur Herabgruppierung der meisten Mitarbeiter auf den Tisch gelegt, um damit die Personalkosten deutlich zu senken. Diese Vorschläge, von einer vom Arbeitsdirektor Alfred Huthoff eingesetzten Kommission ohne Beteiligung des Betriebsrates zusammengestellt, riefen bei den 1100 Belegschaftsangehörigen Empörung und Beunruhigung hervor. Sie befürchteten monatliche Lohneinbußen von mehreren hundert Mark. Daraufhin legten am 1. September Hunderte für über zwölf Stunden die Arbeit nieder.

Als Folge dieses Streiks erhielten die Betriebsräte Hans-Joachim Kuck und Wolfgang Minninger die fristlose Kündigung, da Arbeitsdirektor Huthoff ihnen eine führende Rolle beim Streik zum Vorwurf machte. Sechs leitende Mitarbeiter und Ausbilder wurden auf weniger qualifizierte Arbeitsplätze versetzt, über 600 Streikende erhielten eine schriftliche Abmahnung mit der Androhung von Schadenersatzforderungen für den Produktionsausfall, und zehn Betriebsratsmitglieder sollten auf Antrag der Firma vom Arbeitsgericht ihres Amtes enthoben werden.

Als Anfang Oktober die erste Verhandlungsrunde zwischen VAW und Betriebsrat vor der 7. Kammer des Arbeitsgerichts Hannover ausgetragen wurde, machte Arbeitsrichter Klaus Ruhkopf einen Einigungsvorschlag. In einem Gespräch mit der HAZ lehnte Huthoff eine gütliche Einigung ab. Falls der Vorstand ihm dabei mehrheitlich nicht folgen sollte, werde er Konsequenzen ziehen.

Der 54-jährige Manager fand diese erhoffte Mehrheit nicht, der Vorstand ließ Verhandlungsbereitschaft und Kompromißfähigkeit erkennen. Man entsandte ein Mitglied der Personalleitung aus Bonn nach Hannover, um gemeinsam mit dem Landesverband der Arbeitgeberverbände, der IG Metall und Rechtsanwalt Wolfgang Penningsdorf als Vertreter des Betriebsrates nach einer Lösung für den Konflikt zu suchen. Nach mehreren Verhandlungsrunden

den verständigte man sich am Wochenende auf folgende außergerichtliche Einigung:

Die Betriebsräte Kuck und Minninger werden nicht entlassen, sämtliche Betriebsratsmitglieder bleiben weiterhin in ihren Ämtern. Auch die Abgruppierung der gemäßregelten sechs leitenden Angestellten, darunter vier Ausbilder, wird rückgängig gemacht. Darüber hinaus nimmt die Firmenleitung sämtliche Schadenersatzforderungen gegenüber den Streikenden zurück. Schließlich soll der VAW-Vorstand eine förmliche Rücknahmeerklärung für sämtliche vor dem Arbeitsgericht in der Auseinandersetzung noch anhängigen Verfahren abgeben, so daß der Rechtsstreit damit beendet wäre.

Als „Gegenleistung“ bekommen Kuck und Minninger ebenso wie ihre mehr als 600 Kolleginnen und Kollegen eine schriftliche Abmahnung für ihr Verhalten beim Streik am 1. September, in der ein Verbot der Wiederholung eines wilden Streiks enthalten sein soll. Die Abmahnungen im Zusammenhang mit dem 1. September sollen auf zwei Jahre befristet werden und dann aus den Arbeitspapieren gelöscht werden. Darüber hinaus soll der Betriebsrat „einige andere Dinge zum 1. September ausräumen“ und öffentlich bedauern, daß der Eindruck entstanden sein könnte, man habe die Streikaktion der Belegschaft unterstützt.

Einer der wichtigsten Einigungspunkte: In Ricklingen soll eine paritätisch besetzte Kommission gebildet werden, die untersuchen wird, wie und in welchem Umfang eine Neugliederung der Lohngruppen vorgenommen werden kann. Das Papier der vom Arbeitsdirektor eingesetzten Kommission soll nur noch als Gesprächsgrundlage dienen. „Damit ist der Weg eröffnet, daß wieder Vernunft und Rationalität in die Diskussion einziehen können“, kommentierte Rechtsanwalt Penningsdorf das Verhandlungsergebnis am Wochenende.

Wenn der Vorstand diesen Vorschlägen heute zustimmen sollte, soll das Einigungspapier am Mittwochmorgen in Hannover von beiden Seiten unterzeichnet und an Arbeitsrichter Ruhkopf weitergeleitet werden.

WSt/